

## MigrantInnen sichern unseren Wohlstand

Die Initiative der SVP «Gegen Masseneinwanderung» verlangt einen Verfassungsartikel, wonach die Zuwanderung wieder über Höchstzahlen (Kontingente) geregelt wird. Die Personenfreizügigkeit habe zu einer «Masseneinwanderung» von EU-Bürgern in der Schweiz geführt. Jetzt gelte es, wieder die «Kontrolle» über die Zuwanderung zu gewinnen. SVP-Präsident Toni Brunner spricht explizit von der Wiedereinführung des Saisonierstatuts.

Seit vielen Jahren tragen ausländische Arbeitskräfte zu unserem Wohlstand bei, sei es in der Bau- oder Landwirtschaft, im Gesundheitswesen, in der Industrie oder der Gastronomie oder in Lehre und Forschung. Die Schweiz und ihre Wirtschaft sind auf diese Arbeitskräfte angewiesen. Sie kommen mehrheitlich aus Europa. Denn zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), der EFTA und der Schweiz gilt die Personenfreizügigkeit. Diese erlaubt es Schweizerinnen und Schweizern sowie Bürgerinnen und Bürgern aus EU und EFTA, unter bestimmten Voraussetzungen ihre Arbeitsstelle innerhalb der Vertragsstaaten frei zu wählen. Die Zuwanderung aus anderen Staaten in die Schweiz ist stark eingeschränkt.

### Die Folgen bei einer Annahme der Initiative

In den von den Initianten geforderten Kontingenten mit den damit verbundenen massiven Verschlechterungen für alle EU-BürgerInnen, sollen sämtliche Kategorien von Migrantinnen und Migranten, also auch GrenzgängerInnen und Asylsuchende einbezogen werden. Auf dem Arbeitsmarkt soll der Vorrang von Schweizerinnen und Schweizern gelten («SchweizerVorrang», nicht zu verwechseln mit «Inländervorrang», der auch Niedergelassene umfasst). Zudem soll die Schweiz keine völkerrechtlichen Verträge abschliessen dürfen, welche gegen den Wortlaut der Initiative verstossen. Damit wären nicht nur die Personenfreizügigkeit, sondern alle bilateralen Verträge mit der EU hinfällig, weil für die EU Abkommen ohne Personenfreizügigkeit politisch nicht in Frage kommen. In der Schweiz würden die flankierenden Massnahmen (FlaM) abgeschafft, da diese an die Personenfreizügigkeit gekoppelt sind. Das Kontingentsystem verlangt zudem eine komplizierte Bürokratie. Ausgerechnet die Initiativ-Partei, welche sich gegen zu viel Bürokratie sträubt, will jetzt mit den Kontingenten einen grossen bürokratischen Aufwand betreiben.

### Unsere Position

Migration gibt es seit langem und wird für viele Menschen eine Notwendigkeit bleiben, solange

die sozialen Ungleichheiten zwischen den Ländern und in den Ländern bestehen. Auch die Schweiz war lange ein Auswanderungsland. Vergangenheit und Gegenwart zeigen; Migration lässt sich nicht «steuern». Eine repressive Migrationspolitik führt zu mehr gesellschaftlichen Problemen und Schwarzarbeit. Eine Rückkehr zum Saisonierstatut bedeutet mehr Ausbeutung, unwürdige Lebensbedingungen, Illegalität und erschwerte Integration.

### Die zwei wichtigsten Hauptargumente dagegen

- MigrantInnen tragen zum Wohlstand der Schweiz bei. Sie sind Teil des «Erfolgsmodells Schweiz». Ohne MigrantInnen funktioniert unser Land nicht – wir sind auf sie angewiesen. Dafür verdienen sie Respekt, nicht fremdenfeindliche Schikane und Beschneidung ihrer Rechte.
- Die Probleme auf dem Arbeitsmarkt sind Lohndumping und schlechte Arbeitsbedingungen. Verantwortlich für diese Probleme sind nicht die MigrantInnen, sondern skrupellose Arbeitgeber, welche die Personenfreizügigkeit ausnützen, um Lohndumping zu betreiben. Daran ist auch die SVP beteiligt (als Unternehmer und Politiker). Die Grenzen zu schliessen ist die falsche Antwort; vielmehr müssen die flankierenden Massnahmen, welche die Arbeits- und Lohnbedingungen in der Schweiz schützen, massiv verstärkt und umgesetzt werden.

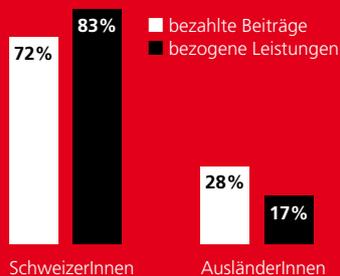
Die MigrantInnen werden oft als Schmarotzer und Belastung für die Schweiz dargestellt. Das Gegenteil trifft zu. Sie leisten einen grossen Beitrag, dass unsere Sozialwerke nicht in die roten Zahlen geraten. Sie leisten einen Beitrag gegen die Überalterung, was insbesondere die erste Säule (AHV/IV) entlastet. Ausländische Arbeitnehmende zahlen mehr in die AHV/IV ein, als sie Rente beziehen. So stammen 26,7% der AHV-Beiträge von MigrantInnen, aber sie beziehen nur 17,9% der Leistungen. Nur in 12% der Fälle beziehen MigrantInnen eine volle AHV-Rente.

Wir brauchen nicht eine Abkehr von der heutigen Zuwanderungspolitik, weil:

- MigrantInnen tragen zum Wohlstand der Schweiz bei – sie verdienen Respekt, nicht Fremdenfeindlichkeit!
- Kontingente sind Scheinlösungen und gefährden die Bilateralen!
- Wir brauchen stärkere flankierende Massnahmen – keine Abschottung und Fremdenfeindlichkeit!

Stefan Wüthrich  
Gewerkschaft Unia

MigrantInnen zahlen mehr in die AHV und IV ein als sie beziehen.





His Master's Noise

Hey, Mann. Stell dir vor, es ist Schweiz, und keiner geht hin. Oder noch krasser. Es ist Schweiz, und jeder geht Heimat.

Konkret. Petkovic nimmt im Länderspiel gegen Österreich Xhaka raus, der geht nach Hause. Mit

### Petkovic – so krass

Sack und Pack, mit Talent und Taulant. Und schon stürzt Toni Bortoluzzi, der bullige Mittelstürmer des FC Nationalrat, in die Kabine, packt Petkovic am Kragen und tauscht ihn aus gegen Koller, den falschen Habsburger.

Als aber Helvetias Söldner dem Bortoluzzi seine Taktik tschegggen, stellen sie die Hellebarde in den Schrank und fliegen Heimat.

Xherdan, Valon und Blerim in den Kosovo, Gökhan nach Anatolien und Hakan nach Bellinzona. Derweil spinnt das vaterländische Glücksrad seinen goldenen Faden weiter. Fehr Housi, der Coach vom FC Nationalrat, setzt seinen Center Bortoluzzi auf die Moto Guzzi und jagt ihn heim. Tschau Eglisau, buongiorno Rimini!

Das erzürnt nun aber Fehr Housis schwarze Putzfrau. Die will nur noch petzen statt putzen, worauf die grünen Millionärswitwen an der Goldküste ihre polnischen Pfleger in die masurische Wüste schicken. Undsoweiter. Im Seeland bleiben die Karotten im Boden, im Insepsital die Kranken am Lager, im Waadtland die Trauben am Stock. Nur der Marazzi will nicht heim und mauert sich ein.

Wozu eine Initiative? Petkovic ist unser Mann.

Andreas Aebi

Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)

## Ein guter Zug der Schweiz

Der öffentliche Verkehr ist das Rückgrat einer umweltgerechteren Verkehrspolitik. Die Schweiz hat ein hervorragendes und attraktives Angebot im Bahnverkehr. Damit dies auch bei steigender Mobilität so bleibt, muss in den nächsten Jahren weiter in die Schieneninfrastruktur investiert werden.

Auf vielen Strecken wird der Platz in den Zügen knapp und die Bahnen können zu Spitzenzeiten oft keine zusätzlichen Züge anbieten. Wer kennt die überfüllten Züge nicht persönlich? Mit der öV-Vorlage FABI (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) kommt am 9. Februar ein zukunftsweisendes Bahnprojekt vors Volk. Die Vorlage zur Finanzierung und zum Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) ist als Gegenvorschlag zur Initiative «Für den öffentlichen Verkehr» entstanden, welche im Sommer zurückgezogen wurde. Als Verfassungsänderung bedarf sie der Zustimmung von Volk und Ständen. Das Ziel von FABI besteht darin, die Finanzierung des Bahnausbau längerfristig zu sichern. Aus dem zeitlich befristeten Bahnfonds FinöV werden heute die bereits beschlossenen Ausbauten finanziert (v.a. NEAT und Zukünftige Entwicklung Bahninfrastruktur ZEB). Bei einer Ablehnung von FABI würden mittelfristig die finanziellen Mittel zum Ausbau der Bahninfrastruktur drastisch zurückgehen.

Ein Ja zu FABI heisst...

- Mehr Platz im Zug: Dank Doppelstock-Wagen und längeren Zügen mehr Sitzplätze
- Schneller: Auf einzelnen Strecken schneller und höhere Pünktlichkeit für alle.
- Halbstundentakt: Das langfristige Ziel im Fernverkehr für alle Städte.
- Viertelstundentakt: in Agglomerationen und städtischen Gebieten.
- Höhere Sicherheit: Das Schienennetz wird gut unterhalten, die Sicherheit dadurch verbessert und die Zuverlässigkeit somit erhöht.
- Umweltschonend: Auf überlasteten Linien wird

das Angebot für Pendlerinnen und Pendler verbessert. Dadurch wird der öV eine noch stärkere Alternative zum Auto.

- Mehr Platz im Bahnhof: Mehr Sicherheit und geräumigere Zugänge auf Perrons und in Bahnhöfen
- Güterverkehr: Garantierte Kapazitäten im Bahnnetz für zuverlässigere und raschere Verbindungen.
- Die Vorlage dient auch zukünftigen Generationen, sie ist notwendig und ausgewogen, sie ist für alle Generationen und ist auch gut für die Wirtschaft.

Aus all den vorerwähnten Gründen empfehlen Bundesrat, Parlament, SP und die Gewerkschaften, der Vorlage zuzustimmen.

Stefan Wüthrich  
Gewerkschaft Unia

Herzlichen Dank für all die Spenden, die auf unser Postcheckkonto 30-27704-1 eingegangen sind. Sie ermutigen uns, auch weiterhin für ein klares, soziales Langnau einzustehen.

Ihre Links-Macher

### Abstimmungsparolen

Bund

Bundesbeschluss über die Finanzierung der Bahninfrastruktur (FABI)  
Initiative «Gegen Masseneinwanderung»  
Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»

JA  
NEIN  
NEIN

Kanton

Änderung des Konkordates über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

NEIN



Änderung des Konkordates über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen (Hooligan-Konkordat)

## Zwiespältige Forderung

Eigentlich handelt es sich ja um die schönste Nebensache der Welt, wenn auch nicht für alle. Gemeint ist der Sport, insbesondere die beiden Spezies Eishockey und Fussball, welche auf dem höchsten Niveau Zuschauermassen in die Stadien zu locken vermögen, wo Fans Fingernägel kauend das Treiben ihrer vergötterten Lieblinge und ihrer schnöden Gegner verfolgen. Ich kenne das auch, denn auch ich war in jüngeren Jahren ein Fan und verschrieb einen Teil meiner Freizeit diesem spannenden und gar nicht immer entspannenden Vergnügen. Doch heute verfolge ich das Geschehen etwas distanzierter. Aus dieser sicheren Warte befasse ich mich hier sogar mit der für einen Sozialdemokraten, welcher für das örtliche Parteiblatt Stellungnahmen schreibt, gar nicht einfachen da zwiespältigen Aufgabe sich mit einem Rezept zu befassen, das uns endgültig von den schlimmen Auswüchsen in den Fanszenen der Schweizer Stadien zu erlösen verspricht. Es heisst «Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen», was ein zu schwerfälliger Titel ist und daher landauf landab auf «Hooligan -Konkordat» verkürzt wurde. Es trat vor 7 Jahren in Kraft, der Kanton Bern ist seit 2008 beteiligt, und mittlerweile gehören

alle Kantone dazu. Die Ziele wurden aber nicht erreicht. Pöbeleien, Ausschreitungen oder der Einsatz von Feuerwerken sorgten weiterhin für mediale Aufmerksamkeit und somit für öffentliches Ärgernis und sogar Entsetzen. Darum ist nun über eine Verschärfung der im Konkordat vorgesehenen Massnahmen zu entscheiden. Neu müssen die Klubs der obersten Ligen von Fussball und Eishockey ihre Spiele bewilligen lassen. Die Behörden können dann je nach Beurteilung der Lage den Klubs Auflagen machen, man beachte die Kann-Formulierung. So kann angeordnet werden, dass Fans in vorgeschriebenen Zügen zu reisen haben, der Verkauf alkoholischer Getränke verboten wird (verschont werden soll davon der VIP-Bereich), Fans beim Betreten des Stadions ihre Identitätskarte vorzuweisen haben, Personen bei konkretem Verdacht am ganzen Körper nach verbotenen Gegenständen durchsucht werden oder dass gegen Fehlbare ein bis drei Jahre dauerndes Rayonverbot ausgesprochen wird.

Die Neinparole der SP

entstand am Parteitag vom 15. Juni 2013 in Lyss. Nach dem Pro- und dem Contrareferat meldeten sich 8 Delegierte zu Wort. D.K.

zum Beispiel sorgte sich um sozialdemokratische Werte und lehnte daher ab, nein sagte auch D.S. weil er bei seinen gelegentlichen YB-Besuchen sein Bier trinken wollte. Andere empörten sich über zu viel Repression oder verurteilten Bestimmungen als Kollektivbestrafungen. R.R. aber erinnerte als Befürworter daran, dass bei einem Match YB-Thun in Ostermündigen «normale» Fans von 50 gewaltbereiten Hooligans angegriffen worden waren. Doch R.R. zählte zur Minderheit. Die Delegierten lehnten die verschärften Bestimmungen mit 85 zu 58 Stimmen ab. Ein Nachsatz zu den sozialdemokratischen Werten: Auch SVP Hardliner Thomas Fuchs engagiert sich für eine Ablehnung der Vorlage. Doch wird er deswegen hoffentlich nicht einen Übertritt zur SP anstreben.

Kurz vor Redaktionsschluss erfährt man durch die Presse von einem Urteil des Bundesgerichts, wonach zwei der umstrittenen Bestimmungen des Konkordates nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Eine betrifft das Rayonverbot. Tatsächlich eine zwiespältige Angelegenheit.

Martin Jäggi

## Fondueabend

Mittwoch, 5. März, 19.15 Uhr  
Rest. Rössli, Hübeli, Langnau



Gast ist Paul Rechsteiner

Geboren 1952  
Aufgewachsen und Schulen in St.Gallen  
Studium in Fribourg und Berlin (1975 lic.iur.)  
Seit 1980 selbständiger Rechtsanwalt mit den Schwerpunkten Arbeitsrecht, Strafrecht, Sozialversicherungsrecht.  
1977 bis 1984 Mitglied des Gemeinderates der Stadt St.Gallen, gleichzeitig Präsident der SP der Stadt St.Gallen  
1984 bis 1986 Mitglied des St.Galler Kantonsrats  
Seit 1986 Mitglied des Nationalrats  
Seit 2011 Mitglied des Ständerates

Wie gewohnt richtet sich die Einladung in erster Linie an die SP-Sektionen Langnau, Lauperswil, Rüderswil und Signau. **Andere Gäste sind aber auch herzlich willkommen.** Es wäre schön, wenn der traditionelle Fondueabend einen tollen Grossaufmarsch erleben würde.

Käsefondue pro Person Fr. 23.–  
oder Mischsalat und Pastateller Fr. 23.–

Anmeldungen bis Montag, 3. März  
an Bernhard Antener, Fansrütistr.19, 3550 Langnau oder bernhard@anteners.ch

Bitte ausfüllen, abschneiden, abschicken

### ANMELDUNG

Ja, ich komme am Mittwoch, 5. März 2014, an den Fondueabend.

Name:

Vorname:

Adresse:

\_\_\_ Käsefondue (Anzahl)

\_\_\_ Vegi-Menu (Anzahl)

Ich bin an einem Fahrdienst interessiert und möchte abgeholt werden (bitte ankreuzen)

## Emmentaler wählen SP. Langnauerinnen sowieso.



**Arno Jutzi**  
(\*1960) Schüpbach  
Prorektor Kaufm.  
Berufsschule Em-  
mental  
Gemeinderat Sig-  
nau (Ressort Finan-  
zen), Vizepräsident  
SP Signau-Schüp-  
bach

**EIN BREITES BIL-  
DUNGSANGEBOT  
IN EINER ATTRAK-  
TIVEN REGION  
FÖRdert LEBENS-  
LANGES LERNEN!**

Die Tendenz zur Zentralisierung im Kanton Bern ist ungebrochen, obwohl der ÖV bereits überlastet ist. Bildungsleistungen können z.B. in der Region kostengünstiger erbracht werden als im Wankdorf. Zudem haben wir genug davon, teure, unüberschaubare Bau-  
projekte (Frauenspital Bern!) im Zentrum oder in Zentrumsnähe mitzufinanzieren.  
Das Steuersystem muss reformiert werden, immer mehr werden die Staatskosten dem Mittelstand überwältigt. Der Vermögensunterschied zwischen der bedürftigsten und der reichsten sozialen Schicht der Schweiz ist heute noch gleich gross wie im Mittelalter!  
Als Grossrat möchte ich für eine starke Region eintreten, die attraktive Bildungsangebote und Wohnqualität zu erschwinglichen Steuersätzen bietet.



**Madeleine Holderried**  
(1962) Zollbrück  
Nachtwache, Mitar-  
beit Gärtnerin  
Hobbies: Lesen,  
Spielen, Wandern

**BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN  
FÜR EINE INITIATIVE GESELLSCHAFT**

Machen wir uns auf neue Wege zu gehen! Fertig mit Sparrunden die eigentlich nur auf Kosten des Mittelstands und sozial Schwachen gehen. Wenn vermehrt psychisch kranke Personen in die Pflegeheime verlegt werden weil die psychiatrischen Kliniken enorm sparen müssen, wird die Situation für die Pflegenden noch schwieriger. Die SP braucht Ihre Stimme um im Grossen Rat Gegensteuer zu geben und weitere unsoziale Sparrunden zu verhindern.



**Niklaus Müller**  
(1965) Langnau  
Lehrer (Standortlei-  
ter BVS Burgdorf)  
GGR Langnau  
2000-2011, Web-  
master SP Langnau  
Hobbies: Lesen,  
Reisen, Velofahren,  
Wandern

**LIEBER EIN BISS-  
CHEN MEHR  
STEUERN BEZAH-  
LEN ALS WEITERE  
ROSSKUREN ER-  
TRAGEN!**

Für ein gesundes Bildungs- und ein gebildetes Gesundheitswesen.  
Eine Gesellschaft misst man am besten daran, wie sie mit den Schwächsten umgeht. Ich setze mich ein für einen sorgsamem Umgang mit Mensch, Boden und Kapital! Es braucht im bernischen Parlament mehr Leute aus dem linken Emmental - ja die gibt es. Sparen ist das Eine, aber bitte nicht nur auf Kosten von Bildung, Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen. Einnahmen sind das Andere: Erbschafts-, Gewinn- und Motorfahrzeugsteuern sowie eine generelle Steuererhöhung dürfen nicht a priori tabu sein.



**Ernst Rutschli**  
(1953) Langnau  
Leiter Lokpersonal  
Langnau BLS AG  
GGR Langnau 1990-  
2002, ab 2013  
Co-Präsident Schwei-  
zerisches Arbeiter-  
hilfswerk Bern  
Hobbies: Wandern,  
Velofahren, Natur

**SCHLUSS MIT DER  
UMVERTEILUNG**

Vom Lohn einer Arbeit muss gelebt werden können. Es darf nicht sein, dass unser Sozialsystem zur Subvention von Arbeitsplätzen benutzt wird. 2014 werden 47 000 Personen durch die Kürzung der Prämienverbilligung der Krankenkassen rund Fr 900.- weniger ausgeben können. Dies und weitere Ausgabenkürzungen des Kantons bedrohen unsere Arbeitsplätze, insbesondere in Randregionen. Ich stehe ein für einen guten öffentlichen Verkehr, das darf nicht zu noch längeren Arbeitswegen führen. Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen, so steht es in unserer Verfassung, nach diesem Motto möchte ich mich für die Bevölkerung und besonders für unsere Region einsetzen.



**Renate Strahm-Riesen**  
(1962) Langnau  
Geschäftsleiterin  
Tagesfamilien  
Gemeinderätin  
(Ressort Bildung)  
Vizepräsi. kibesuisse  
(Verband Kinder-  
betreuung Schweiz)  
Hobbies: Theater,  
Trachtentanz,  
Lesen

**DIE MENSCHEN  
DES OBEREN EM-  
MENTALS BRAU-  
CHEN EINE BREITE  
ABSTÜTZUNG IM  
GROSSEN RAT!**

Stellt Euch die Probleme vor, wenn alle Menschen nur noch in Städten wohnen möchten! Deshalb braucht es lebenswerte Landregionen wie das Obere Emmental. Sparbemühungen treffen Landregionen oft besonders - z. B. in der Bildung: die Schliessung der gymnasialen Klassen in der Sekundarschule bedeutet einen viel längeren Schulweg und damit ungleiche Chancen für unsere Kinder! Oder die Erhöhung der Anzahl SchülerInnen pro Klasse trifft besonders kleine Schulen in weitläufigen Gemeinden. Weil ich als Gemeinderätin die Bedürfnisse unserer Region kenne, möchte ich mich im Grossen Rat für den Erhalt und den Ausbau einer guten Infrastruktur im Oberen Emmental einsetzen!



**Rexhepi/Nazim**  
(1967), Langnau  
Gewerkschafts-  
sekretär  
GGR Langnau, Vor-  
stand SP Langnau  
Hobbies: Basketball/  
Schach

**INTEGRATION  
DANK SPORT!**

Ende April 2011 betrug der Anteil der ausländischen Bevölkerung im Kanton Bern 13,1 Prozent. Nach wie vor dürfen Ausländerinnen und Ausländer bei Wahlen und Abstimmungen nicht an die Urne gehen, wenn sie nicht im Besitz des Schweizer Passes sind. Ich besitze den Schweizer Pass, verstehe und spreche ziemlich gut Berndeutsch und bin sehr gut integriert. Integration gelingt immer dann, wenn sich beide Seiten darum bemühen. Es braucht also auch den Effort der Einheimischen. Dass sich die Fremden immer ein bisschen mehr bemühen müssen, liegt wohl in der Natur der Sache. Ich will meinen Teil dazu beitragen, die Integration im Kanton Bern weiter zu verbessern.

## Vier Tage im November

1918 wies ein Divisionär in einem Schreiben an den Bundesrat auf die miserable wirtschaftliche Situation vieler Wehrmänner hin. Der Verdienstausfall werde durch die Notunterstützungen nicht kompensiert, in der Zwischendienstzeit seien zu wenig Arbeitsmöglichkeiten vorhanden was zu Arbeitslosigkeit führe, manche kinderreiche Familie habe zu wenig zu essen und zu wenig Kleider. In diesem Umfeld verschärften sich, vor allem nach einer von der Landwirtschaft durchgesetzten Milchpreiserhöhung, die politischen Gegensätze massiv. Sie mündeten schliesslich in den Generalstreik, der auf den 11. November ausgerufen wurde.

### Die 4 Tage

Äusserer Anlass dazu war das Truppenaufgebot des Bundesrates wegen den durch Arbeiterführer geplanten Kundgebungen zum ersten Jahrestag des Ausbruchs der bolschewistischen Revolution in Russland. Das Bürgertum befürchtete revolutionäre Ausschreitungen und war fest entschlossen, diese im Keim zu ersticken. Bei den Linken

handelte es sich bei dieser Massnahme um eine Provokation, deshalb riefen sie nach heftigen internen Auseinandersetzungen den Streik aus. Er dauerte von Montag 0.00 Uhr bis Donnerstag 24 Uhr und endete damit, dass keine der aus heutiger Sicht keineswegs revolutionären Forderungen durchgesetzt werden konnten. Erst nach jahrelangen politischen Kämpfen wurden zum Beispiel der 48-Stunden-Tag, die Einführung der AHV oder das Frauenstimmrecht realisiert.

### Der Streik in Langnau

Unser Dorf war ein bedeutender Waffenplatz. Zu den aufgebotenen Truppen zählte das 16. Infanterieregiment. Sein Mobilisationsplatz war Langnau. Auch je eine Kavallerie- und Landwehreinheit rückte in Langnau ein. Die Militärführer setzten bewusst Truppen aus dem ländlichen Raum ein, denn diese galten als zuverlässig für den Fall, dass es zu einem Bürgerkrieg käme. Am 11. November wurde in allen Langnauer Betrieben gearbeitet. Etwas anders sah es auf dem Bahnhof aus. Die SBB-Züge auf der Strecke Bern-Luzern fielen

bis auf eine Ausnahme aus. Diese betraf den Extrazug, der um ein Viertel vor zehn Uhr den Bahnhof passierte und die National- und Ständeräte aus der Zentralschweiz nach Bern zur ausserordentlichen Session führte. Der Morgenzug aus Burgdorf traf zwar in Langnau ein, wurde aber nicht abgefertigt, denn hiesige Bahnarbeiter beteiligten sich am Streik. Auch die Telefonarbeiter streikten. Am Mittwoch fuhren wieder zwei Züge der SBB vorbei, je einer in beide Richtungen. Beide wurden von einem mit scharfer Munition ausgerüsteten Militärdetachment begleitet. Erst am Donnerstag, als sich die Niederlage der Streikenden deutlich abzuzeichnen begann, nahmen die Eisenbahner nach und nach die Arbeit wieder auf. Jetzt traf auch wieder Post ein, und die liegen gebliebene konnte endlich wegbefördert werden.

Martin Jäggi

**Pfifanter**  
Bernstrasse 6, 3550 Langnau  
Tel./Fax 034 402 51 72  
Mo-Fr 9-12/14-18.30 Sa 9-16

**malerei**  
Hanspeter Haldemann  
Obermatt 408 • 3550 Langnau  
Tel. 034 402 51 23

FÜR GESUNDES LIEGEN + SITZEN  
**BETTENHAUS**  
**Lehmann**  
ALLEESTRASSE 1 • 3550 LANGNAU • TEL. 034 402 19 39  
WWW.BETTENHAUS-LEHMANN.CH  
FREITAG OFFEN BIS 21.00 MONTAG GESCHLOSSEN  
**BETTEN** **SCHRÄNKE**  
**VORHÄNGE** **BODENBELÄGE**

**Gewerkschaft  
und Arbeitslosenkasse  
in deiner Nähe**  
Unia Region Oberaargau-Emmental:  
Mühleggässli 1, 3550 Langnau LE  
T 034 402 78 41, langnau@unia.ch  
**Gemeinsam  
erreichen wir mehr.**  
www.unia.ch, www.alk.unia.ch



**WALTER SCHMOCKER WEINE**  
**VINOTHEK**  
KIRCHGASSE 9, 3550 LANGNAU IM EMMENTAL  
TEL. 034 402 36 40 FAX 034 420 56 21

**Ihr Inserat im  
links i.E.**  
Auflage: 1200 Ex., erscheint vierteljährlich  
z.B.: 60 x 41 mm  
1x: Fr. 60.-  
2x: Fr. 100.-  
3x: Fr. 130.-  
4x: Fr. 160.-

**The best things in life aren't things.**  
Art Buchwald  
**Abakadabra Treuhand**  
RENATO GIACOMETTI  
Treuhandler mit eidg. FA  
Hühnerbach 221 3550 Langnau  
Tel. 034 497 32 61  
mail@abakadabra-treuhand.ch

**Am besten, man hat selber  
ein Kraftwerk.**  
**elentec**  
Niederhauser und Thommen GmbH  
Energietechnik - Photovoltaik  
Dorfstr. 5 • 3550 Langnau  
Tel. 034 408 10 00  
www.elentec.ch

Kleiner Gemeinderat

Bernhard Antener Fansrütistrasse 19 3550 Langnau Tel. 034 402 22 68 bernhard@anteners.ch Gemeindepräsident/Grossrat	Susanne Kölbl (parteilos) Dorfberg 554 3550 Langnau Tel. 034 402 73 00 susanne.koelbli@dorfberg.ch Sozialwesen, Kinder und Jugend	Renate Strahm Mooseggstrasse 8 3550 Langnau 034 402 52 91 renate.strahm@gmx.ch Bildung
--	--	---

Grosser Gemeinderat    Kommission/Gremium    Telefon    Mail

Hansueli Albonico		034 402 48 76	
Agathe Aschwanden	Kommission Soziale Dienste	034 402 74 02	agatha.aschwanden@hilotec.com
Regula Blatter			regula.blatter@bluewin.ch
Renato Giacometti	Finanzkomm., Schulkomm.	034 402 32 61	r.giacometti@gmx.ch
Rachel Hasler		034 402 33 76	rachelhasler@bluewin.ch
Daniel Liniger		034 402 52 17	dani.liniger@bluewin.ch
Nazim Rexhepi	SP Vorstand	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Silvia Röthlisberger	SP Vorstand/GGR-Präsidium	034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Ernst Rutschi		034 461 28 89	ernst.rutschi@zapp.ch
Adrian Schranz		034 402 22 29	adrian.schranz@gmx.ch
Stefanie Strahm			stefanie.strahm@gmx.ch

Parteivorstand

Ruth Antener	Kassierin	034 402 22 68	ruth@anteners.ch
Verena Gertsch		034 402 51 93	verena.gertsch@bluewin.ch
Nazim Rexhepi	Migration	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Silvia Röthlisberger	Verbindung GGR	034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Tom Schilt	Mitgliederadministration	034 402 38 44	schilt.tom@gmail.com
Uta Wütherich	SeniorInnen	034 402 48 93	u.w.41@bluewin.ch
Stefan Wüthrich	Finanzk., Gewerkschaften	034 402 59 96	stefan.wuethrich@unia.ch
		034 402 78 41	langnau@unia.ch

Gewerkschaften

Unia Oberaargau- Emmental	Mühlegässli 1	www.bern.unia.ch
------------------------------	---------------	------------------

Impressum

**links i.E.**

Postfach 569, 3550 Langnau  
Die Stimme der SP Langnau und  
der Gewerkschaften ertönt  
vierteljährlich.  
Auflage: 1100 Ex.  
Redaktion: Bernhard Antener,  
Martin Jäggi, Stefan Wüthrich  
Fotos: zvg  
Layout/Gestaltung: PUBLIFORM  
Hanspeter Buholzer  
www.publiform.ch  
Druck: Tanner Druck AG, Langnau

**ANLÄSSE**

Mo. 27. Januar	19.30 Uhr: Konstituierende Sitzung GGR Kirchgemeindehaus
Di 6. Februar	19.30 Uhr: Vorstand SP Langnau
So 9. Februar	Kantonale und eidg. Abstimmungen
Mi 26. Februar	19.15 Uhr: Parteitag SP Kanton Bern
Mi 5. März	18.00 Uhr: HV SP Langnau 19.15 Uhr: Fondueessen Oberemmentaler SP-Sektionen, Rest. Rössli, Hübeli Gast: Ständerat Paul Rechsteiner
Sa 15. März	14.45 Uhr: Fasnacht i.E.
Di 18. März	19.30 Uhr: Fraktionssitzung SP Langnau
Mo 24. März	19.30 Uhr: GGR-Sitzung
So 30. März	kant. Regierungs- und Grossratswahlen
Do 3. April	19.30 Uhr: Vorstand SP Langnau
Di 15. April	19.30 Uhr: Parteitag SP-Regionalverband
Do 1. Mai	19.30 Uhr: SP-Sektionsversammlung

**WIR GRATULIEREN**

<b>26. Jan.</b>	<b>Schöni Werner (88)</b>
<b>6. März</b>	<b>Schütz Lena (93)</b>
<b>16. März</b>	<b>Antener-Hofer Fritz (81)</b>
<b>18. März</b>	<b>Stalder Theo (75)</b>
<b>18. April</b>	<b>Pauli Hans (91)</b>

Allen Jubilarinnen und Jubilaren die besten Wünsche zum Geburtstag mit guter Gesundheit im neuen Lebensjahr.

SP-Vorstand Langnau

